

**Rede  
des Sprechers für Verbraucherschutz**

**Philipp Raulfs, MdL**

zu TOP Nr. 40

Erste Beratung

**Gefährdete Ernährungssicherheit wegen Ukraine-  
Krieg in Entwicklungsländern: Lebensmittel-Retten-  
Gesetz jetzt auf den Weg bringen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der  
FDP - Drs. 18/10956

während der Plenarsitzung vom 24.03.2022  
im Niedersächsischen Landtag

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vielleicht können wir nach der Sitzung noch feststellen, wer in diesem Haus eine Mediationsausbildung hat, um Herrn Grupe und Herrn Genthe etwas beizustehen, um dieses Problem zu lösen.

Jetzt wollen wir aber erst einmal noch über den vorliegenden Antrag reden. Ich freue mich, dass es in diesem Hause mal wieder um die Lebensmittelverschwendung geht; denn das zeigt, wie wichtig das Thema ist. Aus unserer Sicht - auch das will ich eingangs sagen - wäre es besser und sinnvoller gewesen, wenn wir die bereits im Verfahren befindlichen Anträge genutzt hätten, um eine Initiative zu starten. Aber was nicht ist, kann ja noch werden. Das Thema des vorliegenden Antrags ist natürlich wichtig. Deshalb wollen wir uns damit beschäftigen.

Jedes Jahr - das ist in den Vorreden schon angeklungen - verschwenden wir in Deutschland über 18 Millionen t Lebensmittel. Mindestens zwei Drittel davon, so sagt man, seien noch genießbar. Es ist daher auch begrüßenswert, dass es in Niedersachsen verschiedene Initiativen gibt, die sich mit genau diesen Themen befassen. Die Tafeln sind genannt worden, aber auch das Zentrum für Ernährung und Hauswirtschaft und viele andere.

Ein weiterer Punkt im Zusammenhang mit Lebensmittelverschwendung ist, dass sich viele Verbraucherinnen und Verbraucher nicht aufgeklärt fühlen, wenn es darum geht, was man mit diesen Lebensmitteln noch tun könnte und ab wann sie nicht mehr genießbar sind. Wir sehen deshalb - das will ich ein Stück weit richtigstellen -, dass es nicht nur darum geht, bei Gastronomie und Handel anzusetzen, sondern es geht auch darum, die Verbraucherinnen- und Verbraucherbildung nach vorne zu stellen. Ob es dann unbedingt die Kühlschrankschrankpolizei - oder andere Initiativen - sein muss, sei mal dahingestellt. Das ist aber auf jeden Fall ein zweiter Aspekt, über den wir reden müssen.

Konkret zu den vorliegenden Vorschlägen aus der Opposition will ich sagen, dass das Hauptproblem, das im ersten Punkt - das Containern - angesprochen wird, weiterhin darin liegt - deshalb wohl auch der Streit in der FDP-Fraktion -, dass juristische Bedenken gesehen werden, insbesondere bei Haftungsfragen. Um diesen rechtlichen Rahmen zu ändern, gibt es eine Bundesratsinitiative. Es ist also schon etwas auf dem Weg, eingebracht von unserem Umweltminister Lies. Die Ministerinnen und Minister der Ampelkoalition in Berlin müssen sich jetzt darum kümmern. Es braucht also an der Stelle eigentlich keine Initiative mehr aus Niedersachsen, um da weiterzukommen.

Genau dieselbe Bundesratsinitiative, liebe Frau Staudte, befasst sich mit dem zweiten Punkt aus Ihrem Antrag. Das einzige Novum in dem Antrag ist meines

Erachtens, dass Sie die Kriegsgebiete mit einbringen und die Verteilung dort vor Ort vorschlagen. Ich will das gar nicht weiter thematisieren. Ich glaube, dass wir da helfen müssen, ist wichtig. Ob es unbedingt die abgelaufenen Lebensmittel sind, die wir verpacken und dahin bringen, sei dahingestellt.

Zusammengefasst lässt sich also feststellen, dass wir in dem vorliegenden Antrag Vorschläge finden, die es bereits lange gibt und wo auch das meiste schon auf dem Weg ist. Wir sind uns aber alle miteinander einig - darüber bin ich sehr glücklich -, dass wir beim Thema Lebensmittelverschwendung konkrete Maßnahmen auf den Weg bringen müssen. Ich finde deshalb, wir sollten an einem Strang ziehen, wenn es da schon so eine große Einigkeit gibt.

Es gibt jetzt mittlerweile drei Anträge, die im Verfahren sind: der Antrag von SPD und CDU - der, wie ich glaube, am weitestgehenden ist -, der von der FDP - deshalb, Herr Grupe, war ich etwas überrascht, dass Sie sagen, wir sollten jetzt sofort auf die Tube drücken; eigentlich haben wir nur wegen der FDP noch eine Extraschleife gedreht, um zu versuchen, Ihre Forderungen des Kollegen Alt mit in unseren Antrag aufzunehmen; aber darüber können wir vielleicht im laufenden Verfahren noch mal reden - und der dritte Antrag, der uns heute erreicht hat.

Ich glaube, dass die Punkte gar nicht so weit auseinanderliegen und wir zügig, in der nächsten Sitzung des Verbraucherschutzausschusses darüber schauen sollten, damit wir einen gemeinsamen Antrag auf den Weg bringen können. Dann hätten wir einen umfangreichen Antrag, der dieses Thema anpackt. Ich glaube, ein geschlossenes Signal in diesem wichtigen Themenfeld ist das Richtige, das, aus diesem Landtag kommend, zumindest in Niedersachsen, aber über Bundesratsinitiativen dann hoffentlich auch für das ganze Land gelten soll. Ich glaube, damit wäre uns allen weitergeholfen.

Herzlichen Dank.